

Mainz, 11.02.2014

Antrag **0316/2014/1 zur Sitzung Stadtrat** **Stadtrat am**
12.02.2014

**Umsetzung der Energiewende in Mainz – Berücksichtigung des
novellierten Gemeindewirtschaftsrechts (SPD, GRÜNE, FDP) NEUE
FASSUNG**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadtwerke Mainz AG wird gebeten, die Möglichkeiten des novellierten Gemeindewirtschaftsrechts im Bereich Erneuerbare Energien zu nutzen und zu berichten, wie sie auf Basis des neuen Gemeindewirtschaftsrechts verstärkt im Bereich Erneuerbare Energien investieren könnte. Im Bereich der Windkraft bietet es sich an Partnerschaften dort einzugehen, wo sich Bürgergenossenschaften und die Stadtwerke Mainz AG an Windkraftanlagen in der Region beteiligen. Diese Interkommunale Kooperation sollte unter der Beteiligung der Verwaltung erfolgen. Die Berichterstattung soll im Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie erfolgen.
2. Die Stadtwerke Mainz AG wird gebeten, in der Berichterstattung zudem aufzuzeigen, ob und welche regionale Kooperationen mit Gemeinden und Kreisen aktuell und zukünftig für den Ausbau der Erneuerbaren Energien eingegangen werden sollen.
3. Die Verwaltung setzt im Bereich Erneuerbare Energien die Suche nach Kooperationen mit den Landkreisen und Kommunen in der Region fort.
4. Die Stadtwerke Mainz AG wird gebeten, die tatsächliche CO₂-Einsparung der erzeugten regenerativen Energie im Vergleich zu fossilen Brennstoffen darzustellen.

Begründung:

Mit der Novellierung des Gemeindewirtschaftsrechts durch das Land Rheinland-Pfalz definiert sich die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien jetzt explizit als öffentliche Auf-

gabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Mit der Öffnung der „Subsidiaritätsklausel“ ermöglicht das geänderte Gemeindefirtschaftsrecht Gemeinden nun Aufgaben zu übernehmen, auch wenn es private Konkurrenz gibt. Auch kann das Betätigungsfeld über die Grenze der Gemeinde und des Landes hinaus erweitert werden. Damit ergeben sich neue Möglichkeiten für die Betätigung der SWM durch Kooperationen mit Kommunen und Landkreisen in der Region. Die Akzeptanz in der Bevölkerung für Energieerzeugende Anlagen muss auch bei den regenerativen Anlagen gegeben sein.

Dr. Eckart Lensch (SPD)	Sylvia Köbler-Gross (GRÜNE)	Walter Koppius (FDP)
----------------------------	--------------------------------	-------------------------